

Erklärung zum 1. Mai 2009

von Weihbischof Robert Brahm (damals Diözesanadministrator)

Der 1. Mai als „Tag der Arbeit“ ist in diesem Jahr von der Wirtschaftskrise geprägt. Er ist insofern ein „Tag der Arbeitslosigkeit“, als diejenigen in den Blick zu nehmen sind, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, beziehungsweise deren Arbeitsplatz gefährdet ist. Die Finanzkrise ist auf die Realwirtschaft und damit auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Die Zahl der Leiharbeiter ist bereits von 715.000 auf 546.000 gesunken, im März waren 670.000 Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen, Tendenz steigend. Trotz aller Anstrengungen der Politik und der Wirtschaft, die ich hier ausdrücklich anerkennen möchte: die Aussichten sind alles andere als rosig.

Soziale Isolierung

Noch im Herbst des vergangenen Jahres wurde öffentlich darüber diskutiert, ob bereits wieder Vollbeschäftigung erreicht sei. Dann kam die Finanzkrise. Sie traf die Anleger, die Spekulanten und die Vermögenden. Milliarden wurden vernichtet. Die härtesten Konsequenzen haben aber die zu tragen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Arbeitslosigkeit, insbesondere wenn sie länger dauert, ist deshalb so schlimm, weil sie in vielerlei Bereichen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verhindert und zur sozialen Isolierung führt. Wenn es nun gilt, durch eine Regulierung der Finanzmärkte eine Wiederholung zu verhindern, dann sollte dabei besonders darauf geachtet werden, dass die Verluste aus geplatzten Spekulationsblasen nur von den Spekulanten getragen werden und nicht der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Wirtschaftskrisen sollten von der Gesamtgesellschaft solidarisch getragen werden. Einige Firmen gehen hier erfreulicherweise neue und ungewohnte Wege. Wenn aber die ohnehin Schwächeren, die prekär Beschäftigten, die ersten und weitgehend ungeschützten Opfer sind, dann hat die Soziale Marktwirtschaft eine Schiefelage.

Welle der Altersarmut und der Destabilisierung

Die Wirtschaftskrise deckt sehr deutlich die Schattenseiten der prekären Beschäftigung auf. Leiharbeiter, zeitlich befristete Beschäftigte und Beschäftigte im Niedriglohnbereich verdienen für die gleiche Arbeit in aller Regel weniger als Festangestellte, ihre soziale Absicherung ist schwächer, sie können kaum längerfristig ihr Leben planen, sie dienen als Manövriermasse und werden ohne Aufhebens als erste entlassen.

Vor den langfristigen Folgen prekärer Beschäftigungsverhältnisse werden weitgehend die Augen verschlossen. Die Entwicklung der Sozialversicherungssysteme setzt immer stärker auf die private Vorsorge. Diese können prekär Beschäftigte normalerweise nicht erbringen. Die Folge: auf die Gesellschaft rollt eine Welle der Altersarmut und der Destabilisierung der Sozialversicherung zu. Gerade die prekären Beschäftigungsformen sind in Folge der Hartz-Reformen massiv ausgebaut worden. Der Abbau der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren ist zum allergrößten Teil diesem Ausbau zu verdanken. Diese Flexibilisierung der Arbeitswelt kommt den Bedürfnissen der Wirtschaft sehr entgegen, nicht aber den Bedürfnissen der Betroffenen. Weil die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt, gilt es hier gegenzusteuern.

Kirche fühlt sich Langzeitarbeitslosen verpflichtet

Wenn wir über die aktuelle Arbeitslosigkeit sprechen, darf ein Problem nicht ausgeklammert werden, die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit. Den Menschen, die durch lange Arbeitslosigkeit besonders benachteiligt sind, fühlt sich die Kirche und fühle ich mich besonders verpflichtet. 947.000

Langzeitarbeitslose verzeichnet die offizielle Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Erfreulicherweise hat sich in der Arbeitsmarktpolitik nach langen Jahren die Einsicht durchgesetzt, dass die "Sockelarbeitslosigkeit" konjunkturunabhängig existiert und dass es besonderer Instrumente bedarf, um den Betroffenen eine dauerhafte und existenzsichernde Beschäftigung zu ermöglichen. Mit dem Programm „JobPerspektive“ hat die Bundesregierung ein zukunftsweisendes Modell geschaffen, das aber von der Wirtschaft äußerst zurückhaltend aufgenommen wird. So ist bisher nur ein Bruchteil der vorgesehenen 100.000 öffentlich geförderten Jobs realisiert worden. Die Aktion Arbeit des Bistums hat daher einen Vorschlag zur Verbesserung für dieses Programm entwickelt und ist nun gemeinsam mit der evangelischen Landeskirche dabei, die praktische Erprobung dieses Modells vorzubereiten. Nach den bisherigen positiven Signalen setzen wir darauf, dass die Arbeitsagentur, die Kommunen und die Länder das Vorhaben unterstützen.